

Stellen Sie sich zum Jahreswechsel ein glückliches Deutschland vor: Das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern verändert sich grundlegend. Der Staat vertraut Ihnen, statt reflexhaft an Kontrolle zu denken. Dokumentationspflichten werden abgeschafft. Wünscht sich eine Behörde, eine Regel möge bleiben, so muss sie aktiv dafür kämpfen. Beweislastumkehr nennen Juristen das. Lange Bearbeitungszeiten bei Anträgen, die Bürger und Unternehmer zur Verzweiflung treiben, gibt es in diesem neuen Deutschland nicht mehr: Wenn die Behörde nach drei Monaten nicht reagiert, gilt der Antrag als genehmigt. Auch hier also eine Prinzipienumkehr: Kein Warten, die Dinge können angefangen werden. „Genehmigungsfiktion“ ist hier der Fachbegriff. Bei Ersatzbauten für marode Infrastruktur wird grundsätzlich auf ein Planfeststellungsverfahren verzichtet, auch wenn eine Brücke wegen größerer Lkws und fetterer SUVs heute breiter gebaut werden muss als zuvor. Es spart Jahre.

Ein derart eklatanter Fall von Unterverkaufe ist wirklich selten

Das alles ist kein phantastisch-verrücktes Deutschland. Das ist das Deutschland von heute, das derzeit in diesen Punkten grundlegend reformiert wird. Nur: Kaum einer bekommt es mit. All das Beschriebene sind verbindliche, einstimmige Beschlüsse der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, die sie zusammen mit dem Bundeskanzler am 4. Dezember gefasst haben und die nun umgesetzt werden. Viele hartnäckige Staatskanzleichefinnen und -chefs hatten über Monate darum gerungen. Der Staatsreform-Prozess begann bereits mit dem Koalitionsvertrag, der gut zwei Drittel der Vorschläge der von Thomas de Maizière, Peer Steinbrück, Andreas Voßkuhle und mir gegründeten „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ aufgegriffen hatte. Es folgte daraus die „Modernisierungsagenda des Bundes“, die von Minister Karsten Wildberger engagiert vorangetrieben wird. Und nun also die „Föderale Modernisierungsagenda“ vom 4. Dezember, in der Bund und Länder Reformen zusammen denken. Und auch nur so werden sie Wirkung haben. Es ist etwas in Gang gekommen. Ich konnte in den vergangenen Monaten diesen Prozess näher begleiten. Dabei habe ich engagierte Reformer erlebt, die in die Tiefe gegangen sind und Details unseres Staatswesens auseinandergeknotet und sie praktischen Lösungen zugeführt haben. Ich habe beherzte Ministerpräsidentinnen und -präsidenten erlebt, die verstanden haben, wie wichtig Staatsmoderni-

sierung ist, und diese aktiv vorantreiben. Beispielfhaft nenne ich Hendrik Wüst, der sich das Thema zu eigen gemacht hat, genauso den aktuellen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Alexander Schweitzer aus Rheinland-Pfalz, oder Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg. Sie treiben und halten nach. Natürlich habe ich auch Bremser erlebt, oft leider in den Bundesministerien, die es nicht schaffen, Fachperspektiven oder Ressort-Egoismen dem großen Ganzen unterzuordnen. Was ist das Große und Ganze? Ein funktionsfähiger, schneller, digitaler Staat, dem die Bürger vertrauen, sodass sie zurückfinden zum Glauben an die Kompetenz etablierter Parteien und damit an die Demokratie selbst. Diese Bremser versuchen, die Agenda zu schleifen. Hier und da hatten sie Erfolg, insofern bezeichnen die Länder die Beschlüsse selbst als „Auf-takt“ für weitere Modernisierung. Insgesamt aber waren wir vier Initiatoren so angetan, dass wir schrieben: „Ein Reformpaket dieser Größenordnung zur Vereinfachung von Verwaltungshandeln gab es in Deutschland noch nicht. Es zeigt, es gibt in diesem Land beherzte Reformer, die Verantwortung übernehmen.“ Warum nimmt nun aber kaum einer dieses Reformpaket mit seinen mehr als 200 Maßnahmen auf 55 Seiten stärker wahr? Meine bisherige Welt, die Medienwelt, lebt manchmal von Überverkauf; in der Politik gibt es das natürlich auch. Einen solchen Fall von eklatanter Unterverkaufe wie hier habe ich lange nicht erlebt. Woran liegt das nur? Erstens: Es klingt merkwürdig, aber ich befürchte, die Bundesregierung ist sich selbst nicht bewusst, was sie geleistet hat. Nach dem Beschluss der Föderalen Modernisierungsagends wurde Arbeitsministerin Bärbel Bas im „Bericht aus Berlin“ mit einem Einspieler konfrontiert. Ein Bäcker gab sein Geschäft auf. „Was tun Sie denn für die Wirtschaft, Frau Bas?“ Ihr fiel das Entlastungspaket von vor einer Weile ein – aber diese gewaltige Reform, die besonders Kleinunternehmern den Alltag erleichtern wird, hatte sie nicht auf der Pfanne. Das hätte genauso jedem anderen Regierungsmitglied widerfahren können; von keinem, außer Wildberger, habe ich dazu etwas von Bedeutung gehört. Wenn du aber Dinge originell und griffig verkaufen willst, musst du dich mit den mühsamen Details beschäftigen. Ich vermute, diese Zeit hat sich keiner genommen. Zweitens: Die Bundesregierung kommuniziert nicht aus einem Guss. Eigentlich stellen sich bei mir bei Begriffen wie „Narrativ“ und „Storytelling“ die Nackenhaare hoch. Häufig ist das nur der Zuckerguss auf fehlender Substanz. Doch will man, dass das eigene Wirken in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, braucht man

Die schaffen was

Ein Antrag, der drei Monate nur rumliegt im Amt, gilt künftig als genehmigt – dies und viel anderes haben Kanzler und Ministerpräsidenten neulich beschlossen. Sie haben bloß vergessen, das bekannt zu machen. Und den meisten Medien ist es bislang keine Nachricht wert.

Von Julia Jäkel



Enthusiasmus à la Berlin: Friedrich Merz (CDU), Alexander Schweitzer (SPD). COLLAGE: SZ, FOTOS: RALF HIRSCHBERGER / AFP

eine durchgängige Geschichte. Am besten immer die gleiche, mit jeweils neuen Details. Die Regierung mäandert derzeit durch viele Erzählungen, von „Der Herbst der Reformen“ bis zu „Deutschland muss saniert werden“ – da muss das Publikum ja aus der Kurve fliegen! Neulich, am Morgen nach dem Koalitionsausschuss, hörte ich den tapferen Kanzler in der großen Pressekonferenz erstmals von den „drei großen Zielen der Regierung“ sprechen, einem Dreiklang also: „Wachstum der Volkswirtschaft und Modernisierung des Staates – innere und äußere Sicherheit – und umfassende Reform des Sozialstaates“. Das fand ich überzeugend. Allerdings trug der sonst gute Redner das nicht mit Emphase vor, sondern eher pflichtschuldig nach einer langen Nacht. Die politischen Akteure sitzen auf einem so großen Schatz, das müssen sie sich bewusst machen! Schließlich ist die Sehnsucht nach Pragmatik, Lösungsorientierung, engagierten Reformern und einer Ernsthaftig-

keit beim Abarbeiten des Aufgabenbergs gewaltig. Hier haben wir all diese Zutaten doch! Diese Reformagenda steht noch dazu für eine parteiübergreifende Initiative – von Union, SPD und den Grünen geführte Länder ziehen an einem Strang. Es eint sogar. Genau so arbeiten Bund und Länder zusammen, die Länder marschieren voran und geben gar Macht ab, etwa beim Datenschutz oder bei digitalen Fragen, bei denen der Bund mehr Kompetenzen bekommen soll. Eine moderne Interpretation des Föderalismus also. Auch danach sehnen sich die Leute, mehr Miteinander. Lösung statt Streit. Nicht zufällig füllten sich im Advent alle Bundesligastadien mit Menschen, die gemeinsam Weihnachtslieder sangen. Sie sind müde vom Gegeneinander. Es gibt aber noch einen dritten Grund, warum diese Reformen nicht durchdringen, und das hat leider etwas mit der Branche zu tun, in der ich mehr als 25 Jahrelang tätig war, den Medien. Berichterstattung dazu fand so gut wie nicht statt. In der

„Tagesschau“ landete ausschließlich der Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierungsfragen, der am 4. Dezember nicht gelöst werden konnte. Das große Paket zur Staatsmodernisierung wurde noch nicht einmal vermeldet. Und am Tag danach dominierte schon wieder der Streit ums Rentenpaket. Die scheidende London-Korrespondentin der ARD, Annette Dittert, sagte kürzlich: „Grundsätzlich denke ich, dass es der falsche Ansatz ist, zu sagen, wir brauchen mehr linke oder mehr rechte Journalisten. Du musst guten Journalismus machen, und der ist nicht links oder rechts. Kein Journalist ist ganz neutral, aber er darf sich nicht auf einer politischen Seite verorten, sondern muss seinen Job machen, das heißt: sachlich und unabhängig.“ Da hat sie recht. Ich würde aber noch ein Element anfügen. In den vergangenen Jahren hat sich ein Zynismus unter Medienschaffenden entwickelt; à la: Hier ändert sich doch sowieso nichts mehr, oder: Hätten wir

POLITIK

Die Brandmauer fällt, und niemand schaut hin

Rechte Mehrheiten sind zur Normalität geworden im Europaparlament. Die Sozialdemokraten klagen lautstark über Manfred Weber, den Fraktionschef der Christdemokraten – aber außerhalb von Brüssel interessiert sich niemand dafür. Was tun?

Von Josef Kelnberger

Brüssel – Die Europäische Union lebt seit Jahrzehnten von einer politischen Ehe. Einer Vernunfteh mit Spuren von Liebe und Hass. Sie wurde geschlossen zwischen den zwei großen politischen Lagern Europas. In dem einen Lager finden sich Christdemokraten und Konservative, in dem anderen Sozialdemokraten und Sozialisten. Die beiden Parteienfamilien haben sich im Europaparlament immer wieder zusammengekauft, haben gemeinsam den Karren namens Europa gezogen. Und nun, am Ende eines turbulenten Jahres 2025: die Scheidung? „Die Verwundungen sind tief“, sagt René Repasi, der mächtigste deutsche Sozialdemokrat im Parlament. Viele in seiner Fraktion fragten sich, „ob das überhaupt noch eine Ehe ist“ und ob man diese „On-off-Beziehung“ nicht mit einem Knall beenden sollte.

Weber weist die Kritik zurück. Ihm gehe es nur um Inhalte, sagt er

Sozialisten und Sozialdemokraten – sie tragen den Fraktionsnamen S&D – fühlen sich betrogen von der Europäischen Volkspartei (EVP), der Familie der Christdemokraten und Konservativen. Seit den Europawahlen 2024 steckt die vom CSU-Politiker Manfred Weber geführte EVP immer wieder mit rechts außen unter einer Decke. Der Flirt fand seinen Höhepunkt am Dienstag, 16. Dezember. Erstmals setzte die EVP in einer Schlussabstimmung ein großes Gesetz mit einer Mehrheit von Rechten und Rechtsextremen durch. Es ging um den sogenannten Omnibus I, das erste Sammelgesetz, das Berichtspflichten für kleine und mittlere Unternehmen zurückschraubt. Die Wirtschaft von Bürokratie zu entlasten, das ist Leitmotiv der aktuellen europäischen Politik. Die Mehrheit für den Rückbau von Lieferkettengesetz und Nachhaltigkeitsberichterstattung kam von rechts. Und links herrschten Wut und Ratlosigkeit, Gefühle, die sich in den folgenden Tagen noch steigerten. Denn die EVP setzte auch Verschärfungen im Asylrecht, noch ein Schwerpunkt der aktuellen europäischen Politik, mit rechten Mehrheiten durch. Der Karlsruher Sozialdemokrat Repasi, Hochschulpromotor für Europarecht, gehört zum pragmatischen Lager seiner Fraktion Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



EVP-Fraktionschef Manfred Weber (Mitte) auf dem Weg zu einem Treffen mit Giorgia Meloni in Rom. Mit der rechtspopulistischen italienischen Premierministerin hat er mehrmals Mehrheiten im EU-Parlament organisiert. (Archivbild) FOTO: ANGELO CARCONI / IMAGO

tion. Er plädiert dafür, zur Vernunft zurückzukehren in der Ehe mit der EVP, zumal er weiß, dass die Gesetze, die die EVP durchs Parlament paukt, keine verrückten rechten Projekte sind. Sie wurden von der Kommission im Wesentlichen so vorgeschlagen und sind mehrheitsfähig unter den 27 Regierungen, entsprechen also dem aktuellen Mainstream. Die rechten Mehrheiten im Parlament hält er gleichwohl für einen Kulturbruch. Weber reiße die Brandmauer nach rechts ein und gefährde die politische Mitte der EU. René Repasi lässt den Hinweis nicht gelten, es gebe im Europaparlament drei rechte Fraktionen, und man könne Gefolgsleute von Giorgia Meloni nicht gleichsetzen mit der AfD. „Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Graden von

rechts im Europaparlament halte ich für akademisch“, sagt er. „Sie alle wollen die EU von innen heraus aushöhlen.“ Repasi zieht eine Linie von Weber zu Friedrich Merz, der im Februar dieses Jahres versuchte, im Bundestag ein Asylgesetz mit der AfD auf den Weg zu bringen. Allerdings gab es wegen Weber nirgendwo in Europa Massendemos, nirgendwo einen öffentlichen Aufschrei, nicht einmal eine breite Debatte über die Sinnhaftigkeit der Brandmauer. Europäische Politik ist nicht präsent in der nationalen Öffentlichkeit. „Das war objektiv erwartbar“, sagt Repasi, „aber subjektiv doch eine Enttäuschung.“ Die Sozialdemokraten müssen nun damit umgehen, dass sie mit moralischer Empörung nichts ausrichten gegen Weber. Der CSU-Politiker argumentiert rein ratio-

nal. Es gehe ihm um „Content, Content, Content“, sagt er immer wieder, um Inhalt also. Und die Sozialdemokraten würden sich in vielen Fällen einer Politik verweigern, die nötig sei, um die Rechtspopulisten zurückzudrängen. Ausgerechnet der französische Rechtspopulist Jordan Bardella, Anführer der größten rechten Fraktion im Parlament, bietet sich der EVP immer wieder als Partner an: Er will Weber aus dem Bündnis mit den Sozialdemokraten herauslocken. Es ist ein Novum im Europaparlament, dass rechtsextreme Parteien nicht nur auf Krawall aus sind, sondern an Gesetzen mitarbeiten. Das wurde der S&D beim symbolträchtigen ersten „Omnibus“ zum Verhängnis. Als das Gesetz im Oktober zum ersten Mal im Parlament beraten wurde, ließen

Abweichler in der S&D den Kompromiss platzen, den ihre Fraktionsführung mit Weber geschlossen hatte. Einige brüsteten sich sogar damit. Für Weber sei das die perfekte Möglichkeit gewesen, „um zu testen, wie der Tabubuch ankommt“, sagt Repasi. Kanzler Merz äußerte sich in Berlin zunächst besorgt über Webers rechte Mehrheit. Mittlerweile bezeichnet er den Rückbau der Berichtspflichten als großen politischen Erfolg. Künftig müssen nur noch Unternehmen mit mehr als 5000 Beschäftigten über ihre weltweiten Lieferketten berichten. Die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung betrifft nur noch Unternehmen mit mehr als tausend Beschäftigten. Mit guten Gründen klagen die Sozialdemokraten, die Gesetze erfüllen nicht mehr den Zweck,

doch Helmut Schmidt zurück! Ich spüre das selbst, wenn ich von meinen Erlebnissen rund um die Initiative berichte: Größter Enthusiasmus unter Bürgern, traurige Blicke in Journalistenkreisen: „Träum weiter, Julia!“ Dieser negative Blick, dass einfach nichts mehr gelingen kann und wird, ist auch eine Voreingenommenheit, die zu unausgewogener Berichterstattung führt. Das müssen sich Journalistinnen und Journalisten vor Augen führen. Sicherlich macht es der ökonomische Druck den Medien nicht leichter. Die Zeit, die 55 Seiten der Föderalen Modernisierungsagenda in Ruhe durcharbeiten, hat kaum noch ein Redakteur. Und ich gestehe, die Lektüre ist wirklich mühsam. Obwohl ich mit der Materie gut vertraut bin, musste ich mehrmals die Kaffeemaschine anwerfen. Trotzdem: Genau einen solchen Journalismus brauchen wir. Einen Journalismus, der es schafft, den Dingen kritisch

Die Bremser dürfen nun nicht mehr die Oberhand gewinnen

auf den Grund zu gehen. Der aber auch noch in der Lage ist, das Positive wahrzunehmen. Hier hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine ganz besondere Verantwortung. Er wurde bewusst durch eine Finanzierung auf der Basis von Beiträgen den Marktmechanismen entzogen, damit er seinem Auftrag nachkommen kann, der Demokratie zu dienen. Zudem vergessen manche Medienmacher, dass Müdigkeit durch Nachrichten und durch ständige Empörung ähnlich bedrohlich für die Relevanz von Medien ist wie der ökonomische Druck. Der Versuch, den digitalen Lärm mit noch mehr Lautstärke zu übertönen, erzeugt keine Bindung, im Gegenteil. Leserinnen und Leser halten es einfach nicht mehr aus und wenden sich erschöpft ab. Die Föderale Modernisierungsagenda allein wird die Wirklichkeit noch nicht verändern. Die Umsetzung ist nun entscheidend, an ihr misst sich der Erfolg. Die Verzögerer und Bremser, die gern im Verborgenen wirken, dürfen nicht mehr die Oberhand gewinnen. Wir müssen die Mutigen anfeuern, weiterzugehen und weitere Schritte zu einer umfassenden Staatsmodernisierung zu unternehmen. Die vielen sinnvollen Einzelmaßnahmen ergeben erst im Zusammenwirken und mit einer verbindenden Darstellung ein Ganzes. Mit anderen Worten: Mir scheint, wir stehen vor einem lösbaren Problem.

Julia Jäkel, Aufsichtsrätin und Beirätin, ist Mitgründerin der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“. Von 2013 bis 2021 war sie Vorstandschefin von Gruner und Jahr.

europäische Unternehmen auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltregeln in aller Welt zu verpflichten. Aber ob sie damit wirklich Gehör finden, während Millionen Beschäftigte in Europa um ihre Jobs fürchten?

Repasi hat als Verhandlungsführer seiner Fraktion vergeblich versucht, die EVP mit Kompromissangeboten wieder einzufangen. So könne das nicht weitergehen in dieser Beziehung, findet er. Er schlägt seinen Leuten eine neue Strategie vor. Repasi plädiert dafür, mit der EVP detaillierte „Koalitionsverträge auf Zeit“ zu schließen und „Paketlösungen“ zu vereinbaren. Das würde bedeuten: Die Partner verständigen sich darüber, wer welches Gesetz inhaltlich bestimmen kann. Wer bei einem Thema nachgibt, darf beim anderen Thema gewinnen. Das würde bedeuten, dass die Sozialdemokraten notfalls dafür

Ein Sozialdemokrat schlägt Koalitionsverträge auf Zeit mit der EVP vor

stimmen, abgelehnte Asylbewerber in Abschiebezentren außerhalb Europas zu stecken, um im Gegenzug eigene Ziele durchzusetzen. Repasi räumt ein, dieses pragmatische Politikverständnis sei „sehr deutsch“. Dafür müsse er in seiner Fraktion erst werben. „In anderen Ländern gibt es andere politische Kulturen, in Spanien zum Beispiel kennt man nur die Polarisierung.“ Was Repasi nicht sagt: Seine Fraktionsvorsitzende heißt Iratxe Garcia, ist spanische Sozialistin und geprägt vom Kulturkampf gegen rechts. Es dürfte im neuen Jahr turbulent weitergehen in dieser On-off-Beziehung. Manfred Weber wird im Ringen um den neuen EU-Haushalt den Schulterschluss mit dem linken Ehepartner suchen und vermutlich den Blick nach rechts wenden, wenn es um Entbürokratisierung geht. „Die Frage ist, wann er das Rad überdreht“, sagte Repasi. Das wäre aus seiner Sicht der Fall, sollte die EVP Ende 2026 versuchen, ihrer beliebten Parlamentspräsidentin Roberta Metsola eine dritte Amtszeit zu verschaffen. Turnusmäßig steht der Job der S&D zu. „Das ist die Scheidelinie, da werden wir nicht mitgehen“, sagt Repasi. Mit der gemeinsamen Wahl einer Parlamentspräsidentin würde Manfred Weber die Rechte in Europa hoffähig machen. Und mit dem alten Ehepartner hätte er einen Krach, der die ganze EU erschüttern würde.